

# Weder geburtenfördernd noch konsumorientiert : Plädoyer für eine linke Familienpolitik

Autor(en): **Maury Pasquier, Liliane**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **82 (2004)**

Heft 3

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341842>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Weder geburtenfördernd noch konsumorientiert: Plädoyer für eine linke Familienpolitik

Muss man angesichts der demografischen Entwicklung das Rentenalter erhöhen oder die jungen Generationen ermuntern, mehr Kinder zu bekommen? Unabhängig davon, wie diese erste Frage beantwortet wird, stellt sich unweigerlich eine ganze Reihe weiterer Fragen: Wie soll man dabei

---

**Liliane Maury Pasquier**

---

vorgehen? Welches Ziel ist zu verfolgen? Muss eine Familienpolitik oder eine Zuwanderungspolitik entwickelt werden? Soll die Fortpflanzung als eine öffentliche oder als rein private Angelegenheit betrachtet werden? Müssen sich die Schweizerinnen und Schweizer Sorgen um den Fortbestand ihrer Nation machen? Es liegt mir fern, die Dinge so zu vereinfachen, wie dies bei diesem Thema im Rahmen von nationalistischen, konservativen oder wissenschaftlichen Strömungen erfolgt. Ebenso wenig erhebe ich den Anspruch, diese Frage in den folgenden Zeilen umfassend behandeln zu können. Und ich werde im Folgenden auch nicht auf die Migrationspolitik oder die Änderung der geopolitischen Paradigmen eingehen. Ich beschränke mich somit auf die Familienpolitik und möchte ein paar Denkanstösse für eine linke Politik in diesem Themenbereich geben.

## Gegenwärtige Situation

Seit dem Ende des Babybooms (d.h. seit Mitte der Sechzigerjahre) verzeichnen al-

le europäischen Länder in unterschiedlichem Ausmass einen verhältnismässig raschen Rückgang der Geburtenraten. Dies hat seit mehr als 20 Jahren zur Folge, dass in diesen Ländern die Todesfälle mit der Zahl der Neugeborenen nicht mehr kompensiert werden können. So lag die Fertilitätsrate in den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) (vor dem 1. Mai 2004) im Jahr 2000<sup>1</sup> bei lediglich 1,53 (wobei diese Rate 2,1 betragen müsste, um den Bestand der Bevölkerung zu erhalten). Nur dank der Zuwanderung erfolgte in diesen Ländern kein Rückgang der Wohnbevölkerung. Dieselbe Entwicklung ist in den osteuropäischen Ländern zu verzeichnen, sowohl in den neuen EU-Mitgliedstaaten als auch in den übrigen Ländern.<sup>2</sup> Trotz ihrer Neigung zum Isolationismus und ihrem ausgeprägten Hang zur Entwicklung ihrer besonderen Eigenheiten gilt die Grundregel der Geburtenrate von 2,1 auch für die Schweiz: In unserem Land liegt die Fertilitätsrate mit 1,4 etwas unter dem europäischen Durchschnitt. Dieser Wert kommt jedoch nur dank dem Beitrag der ausländischen Frauen zustande; würden lediglich die Schweizer Frauen berücksichtigt, beliefe sich die Geburtenrate auf 1,2.

<sup>1</sup> Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung – Ausgabe 2000.

<sup>2</sup> Gemäss dem Demographischen Jahrbuch 2003, das vom Europäischen Bevölkerungsausschuss des Europarats herausgegeben wurde, war der natürliche Zuwachs (d. h. die Differenz zwischen Todesfällen und Geburten) im Jahr 2002 in den 15 EU-Mitgliedstaaten negativ.

## Künftige Entwicklungen

In Kombination mit der erfreulichen Zunahme der Lebenserwartung – um zehn Jahre im Verlauf der letzten 50 Jahre – resultiert aus dem Rückgang der Geburtenrate ein Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung. Diese Entwicklung wird unter Umständen für die gesamte Gesellschaft die folgenden schwer wiegenden Auswirkungen haben: eine starke Zunahme der über 50-jährigen Erwerbstätigen und parallel dazu eine Abnahme der unter 30-jährigen Erwerbspersonen, was einen Rückgang der Produktivität und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Europas zur Folge haben könnte; einen deutlichen Anstieg der wirtschaftlichen Abhängigkeit von alten Menschen<sup>3</sup> mit den damit verbundenen Auswirkungen auf die Rentenfinanzierungssysteme; einen zunehmenden Druck im Zusammenhang mit einem späteren Übertritt in den Ruhestand; eine neue Armut von alten Menschen; stärkere Anreize für eine umfangreichere Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt, woraus ein weiterer Rückgang der Geburtenrate resultieren könnte (?!); eine Änderung der Altersstruktur der Wählerinnen und Wähler mit den damit einhergehenden Veränderungen im Bereich der politischen Machtverhältnisse usw.!

Diese apokalyptische Vision wird möglicherweise nie Realität, doch es würde eigentlich zum Verantwortungsbereich von Regierungen – und damit auch des Bundesrats – gehören, sich zumindest im Ansatz mit den Massnahmen zu befassen, die für die Verhinderung der oben erläuterten Konsequenzen ergriffen werden sollten. Mit dem blossen Hinweis, eigentliche bevölkerungspolitische Massnahmen halte er für undenkbar, hat der Bundesrat seine Aufgabe nicht erfüllt.<sup>4</sup>

<sup>3</sup> In Europa kommen gegenwärtig auf eine Person über 60 Jahren drei Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren. Ungefähr im Jahr 2020 werden auf eine Person im Ruhestand voraussichtlich nur noch zwei Erwerbstätige kommen!

<sup>4</sup> Antwort des Bundesrats auf die einfache Anfrage Rennwald Nr. 02.1013: «Gründe für die höhere Geburtenrate in Frankreich.»

## Die Ursachen der niedrigen Geburtenraten

Die Gründe der niedrigen Fertilitätsraten sind vielfältig und teilweise umstritten. Nachfolgend eine nicht abschliessende Aufzählung:

- die Entwicklung der Verhütungsmethoden;
- die zunehmende wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen – dieser Ursache steht jedoch die Tatsache entgegen, dass jene europäischen Länder, in denen die Erwerbsrate der Frauen am geringsten ist, auch die tiefsten Geburtenraten aufweisen;
- das soziologische Phänomen der Individualisierung, die ein typisches Merkmal des 20. Jahrhunderts ist;
- die Tatsache, dass sowohl Frauen als auch Männer immer weniger bereit sind, Entscheidungen zu treffen, die langfristige Konsequenzen haben und ihre Entscheidungsfreiheit in der Zukunft wesentlich einschränken;
- die grössere Instabilität der Paarbeziehungen;
- die Tatsache, dass Kinder als Hindernis für den Konsum und die Freizeitgestaltung wahrgenommen werden können;
- die Schwierigkeit, Eltern und vor allem Mutter zu sein. Dies zeigt allein schon ein Blick in die verschiedenen Zeitschriften, die sich an (künftige) Mütter richten: Die Mutter ist dort stets um ihr Aussehen besorgt, dynamisch, schlank – selbst während der Schwangerschaft – und steht ihrem Partner und ihren Kindern jederzeit zur Verfügung. In diesen Publikationen wird somit eher das Bild des Gottes Schiwa mit seinen zahlreichen Armen als das einer normalen Frau vermittelt;
- die Schwierigkeit, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren;
- das Armutsrisiko, das mit Kindern verbunden ist. In der Schweiz stellen Kinder gegenwärtig einen der hauptsächlichen Risikofaktoren im Zusammenhang mit

**Mit dem blossen Hinweis, bevölkerungspolitische Massnahmen halte er für undenkbar, hat der Bundesrat seine Aufgabe nicht erfüllt.**

der Armut dar. Dies gilt vor allem für Ein-  
elternfamilien und kinderreiche Familien.  
Gemäss einer Studie des Bundesamtes für  
Sozialversicherung verursacht die Er-  
ziehung eines Kindes direkte Kosten in  
Höhe von 340'000 Franken. Dieser Be-  
trag kann sich auf 820'000 Franken er-  
höhen, wenn man auch die Erwerbs- und  
Karrieremöglichkeiten berücksichtigt,  
auf die die Mutter (die in den meisten Fäl-  
len betroffen ist) verzichtet;

- oder auch die wirtschaftliche Situation<sup>5</sup>,  
die zusammen mit dem Verlust von so-  
zialen Errungenschaften und dem Ab-  
bau des Sozialstaats dafür verantwort-  
lich ist, dass die Lebensplanung vor-  
sichtiger angegangen wird.

### Einige Lösungen

Es bestehen nicht nur zahlreiche Ursa-  
chen, sondern auch eine Vielzahl von  
möglichen Lösungen, obwohl gegenwärtig  
kein Konsens über die Wirksamkeit die-  
ser Massnahmen herrscht. Allerdings  
lässt sich völlig objektiv festhalten, dass je-  
ne Länder, in denen die Familienpolitik  
am weitesten entwickelt ist, die höchsten  
Geburtenraten aufweisen: Frankreich  
und Irland stehen diesbezüglich an der  
Spitze und erreichen beinahe das Be-  
standerhaltungsniveau der Geburtenrate.  
Anschliessend folgen die skandinavischen  
Länder, während die südeuropäischen  
Länder zusammen mit Deutschland  
und Österreich die Schlusslichter bilden.  
Die familienpolitischen Massnahmen las-  
sen sich mehreren Kategorien zuordnen:

- **Finanzielle Anreize:** Dazu gehören regel-  
mässige Leistungen (Familien-Ausbil-  
dungs-, Betreuungszulagen), Pauschal-  
zahlungen (Geburtsgeld, Ausbildungs-

<sup>5</sup> Der Babyboom ging mit einer Phase von noch nie da  
gewesenem Wirtschaftswachstum einher. Ebenso zeigt eine  
Analyse der kürzlichen Entwicklung der Geburtenrate  
in Europa, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der  
historisch tiefen Geburtenrate, die in den letzten Jahren in  
den westlichen Ländern verzeichnet wurde, und der Wirt-  
schaftskrise in den Jahren 1992-93 besteht (nach F. Héran,  
in: *Problèmes économiques* Nr. 2769, Juli 2002).

entschädigung) oder Gutschriften, gezielte  
Massnahmen, um besonders benachtei-  
ligte Familien vor der Armut zu bewah-  
ren (nach dem Modell der Ergänzungs-  
leistungen), die gesamte Palette der steu-  
erlichen Freibeträge und Steuererleich-  
terungen<sup>6</sup>, die unentgeltliche Bereitstel-  
lung oder die Subventionierung von  
Dienstleistungen (Bildung auf allen Stu-  
fen, medizinische und zahnmedizinische  
Leistungen, öffentlicher Verkehr, Freizeit-  
angebote usw.) und die Wohnbeihilfen.

- Initiativen, die auf die Vereinbarkeit von  
Familie und Beruf ausgerichtet sind: Die-  
se reichen von verschiedenen Arten von  
Urlaub im Anschluss an eine Geburt  
(Mutterschafts-, Vaterschafts-, Eltern-  
urlaub) über Möglichkeiten für die (un-  
entgeltliche oder subventionierte) Kin-  
derbetreuung bis hin zu flexiblen Ar-  
beitszeiten, die beiden Elternteilen  
ermöglichen, durch eine der Diskrimi-  
nierung entgegenwirkende Gesetzge-  
bung und durch die Gleichstellung von  
Mann und Frau im Berufsleben ihre Rol-  
le wahrzunehmen.
- **Last, but not least:** tief greifende gesell-  
schaftliche Veränderungen zu Gunsten  
der Familien: durch Initiativen im Be-  
reich der Beschäftigung für Frauen und  
Jugendliche, durch eine Umwelt, die den  
Bedürfnissen der Kinder entspricht  
(Verkehrsbeschränkungen, Spielplätze),  
durch die Gleichstellung von Mann  
und Frau auf allen Ebenen der Gesell-  
schaft, was insbesondere erfordert, dass  
die verbliebenen Spuren des Modells des  
Vaters als Ernährer der Familie in den  
Institutionen getilgt werden, durch die  
unterschiedslose Unterstützung von  
verheirateten und im Konkubinat le-  
benden Eltern sowie allgemein durch die

<sup>6</sup> Wie in der Kampagne vor der Abstimmung vom 16.  
Mai zum Steuerpaket im Zusammenhang mit der Steuer-  
progression aufgezeigt wurde, profitieren von diesen Mass-  
nahmen die finanziell am besten gestellten Familien am meis-  
ten. Die einzige Möglichkeit, alle Kategorien von Familien  
gleich zu unterstützen, sind vom Gesamtsteuerbetrag ab-  
ziehbare Steuerrabatte in gleicher Höhe für die gleiche An-  
zahl Kinder anstelle von Abzügen auf dem Bruttoeinkom-  
men, das zur Berechnung des Steuerbetrags dient.

**Länder, in denen  
die Familienpolitik  
am weitesten  
entwickelt ist,  
weisen die  
höchsten Gebur-  
tenraten auf.**

Entwicklung von positiveren gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber Kindern und Eltern. Um das Ausmass der verschiedenen Veränderungen zu erfassen, wäre es hilfreich, ein entsprechendes Instrument zu entwickeln: die (in Irland entwickelte) Familienverträglichkeitsanalyse, die sich wie die Umweltverträglichkeitsprüfungen auf alle Gesetzesänderungen anwenden lässt.

Kinder sind weder einfache Erwachsene im Kleinformat oder künftige Konsumenten und damit bevorzugte Zielgruppen der Werbung noch eine Art störender Wesen von einem anderen Stern, die in den öffentlichen Verkehrsmitteln schreien, Lärm verursachen, nicht gehorchen und einen ungestörten Konsum verhindern. Vielmehr sind sie sich entwickelnde, viel versprechende Menschen, die die Zukunft bedeuten, sofern man ihnen einen Platz einräumt, sie in ihrer Entwicklung unterstützt und ihnen ermöglicht, unter optimalen Bedingungen in Bezug auf die emotionale und materielle Sicherheit heranzuwachsen. Dies bedeutet jedoch nicht ein Leben im Luxus und das Fehlen von Grenzen. Der Australier Peter McDonald hat darauf hingewiesen, dass sich die Marktwirtschaft nicht mit dem Gedanken vereinbaren lässt, Kinder zu zeugen und aufzuziehen: «Die Grundlage der Fortpflanzung einer Gesellschaft besteht darin, die nächste Generation auf die Welt zu bringen, sie aufzuziehen und zu sozialisieren. Das Scheitern des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, mit dem wir heute konfrontiert sind, zeugt von unserer Unfähigkeit, diese Grundlage zu schaffen. (...) Was ist eine Gesellschaft, die sich nicht einmal mehr fortpflanzen kann? Antwort: die Gesellschaft, die auf dem neoliberalistischen Gedankengut beruht. Der Markt interessiert sich nicht für das Thema, denn er orientiert sich an der kurzfristigen Perspektive. Die Unternehmen und die Regierungen sind in dieser kurzfristigen Sichtweise gefangen. (...) Der Markt

bringt weiterhin risikoscheue Arbeitnehmer hervor, für die Kinder ein erhebliches Risiko darstellen.» McDonald spricht sich daher für einen neuen Gesellschaftsvertrag aus, der auf der Gleichheit von Mann und Frau beruht und in dem Kinder als gesellschaftlicher Wert und nicht als reines Privatvergnügen betrachtet werden.

Das Ziel der Familienpolitik darf nicht darin bestehen, Paare – auch nur implizit – dazu zu zwingen, Kinder zu haben. Doch zumindest sollte sie ihnen ermöglichen, jene Anzahl Kinder zu haben, die sie sich wünschen, was gegenwärtig nicht der Fall ist. Im Hinblick darauf müssen alle oben aufgeführten Massnahmen in möglichst breitem Umfang umgesetzt werden. Dabei handelt es sich um eine eigentliche Investition. Nehmen wir also als Erstes die Vorlage für einen bezahlten Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen an, die am 16. September zur Abstimmung gelangen wird. Gleichzeitig müssen wir uns allerdings bewusst sein, dass im gesamten Europa der 15 bereits 1999 ein Urlaub von 24 Wochen die Regel war. Es liegt somit noch ein weiter Weg vor uns.

Abschliessend möchte ich Chantal Birman, eine vom Feminismus geprägte Hebamme aus Frankreich, zitieren: «Wirkliche Abhilfe für den Individualismus kann nicht der Kollektivismus, sondern nur das Eltern-Kind-Verhältnis schaffen.»<sup>7</sup> Unsere Welt braucht vor allem Männer und Frauen, die aus freien Stücken zusammenleben, die als Menschen geachtet werden und die über ausreichende Zukunftsperspektiven und Hoffnung verfügen, um einen Kinderwunsch zu entwickeln und um ihre Verantwortung als Erzieher/innen und Bürger/innen wahrnehmen zu können.

Dabei handelt es sich um ein echtes Programm der Linken.

Liliane Maury Pasquier ist Hebamme und SP-Nationalrätin (GE).

<sup>7</sup> In: «Au monde. Ce qu'accoucher veut dire», Editions de La Martinière, 2003, freie Übersetzung.

**Familienpolitik  
soll Paaren ermöglichen, jene Anzahl Kinder zu haben, die sie sich wünschen.**